

Mediamorphose

Zur Entwicklung der Medienlandschaft in Luxemburg

Am Wochenende vom 8. bis zum 9. März veranstaltete der luxemburgische Programmrat (Conseil National des Programmes, CNP) in Mondorf ein Seminar über die Entwicklung der Medienlandschaft in Luxemburg. Dies aus zwei Gründen: Erstens geht die zweite Mandatsperiode des CNP zu Ende und es bestand ein Bedürfnis, eine Bilanz der Aktivitäten zu ziehen und über die zukünftige Rolle des CNP nachzudenken. Zweitens plant die Regierung ein neues Mediengesetz, welches auch die Strukturen der Regulierungsinstanzen verändern soll.

Der CNP war in den letzten Monaten und Jahren mehrmals in die Schlagzeilen der einheimischen Presse geraten, da er in verschiedenen mehr oder weniger wichtigen Konflikten zwischen Konsumenten und Produzenten von Nachrichten *öffentlich Stellung bezog*. Dabei hagelte es Vorwürfe: Der CNP sei ein unzufriedener Papiertiger, inkompetent, ein bunt zusammengewürfelter Haufen von Kegelbrüdern und Kleingärtnern, betreibe Haarspaltereien, übe Zensur aus und desgleichen mehr.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, um die Kompetenzen und Aufgaben des CNP im Detail auszuführen. Die zwei wichtigsten Aspekte, die uns hier interessieren sind folgende:

– Der CNP ist wie viele andere beratende Gremien („Conseils“) aus Parteien, Gewerkschaften sowie Nichtregierungsorganisationen zusammengesetzt, die mehr oder weniger stark am Gegenstand, den der Programmrat behandeln soll, interessiert sind. So sind zum Beispiel das Comité Olympique, der Verbraucherschutz, Ausländerorganisationen usw. darin vertreten. In praktisch allen Europäischen Ländern bestehen ähnliche Einrichtungen, deren Kompetenzen meist noch viel weiter gehen als die des CNP.

– Eine Aufgabe des CNP besteht darin, auf Beschwerden von Zuschauern und Zuhörern zu reagieren, d.h. deren Rechte zu verteidigen. Und dies nicht nur in Luxemburg, sondern auch in den Ländern, in denen Sender mit luxemburgischen Lizenzen Programme ausstrahlen (z.B. in Holland und Italien). Wenn eine solche Beschwerde den CNP erreicht, muss dieser die Angelegenheit klären. In der Regel wird die Beschwerde postwendend an den betreffenden Sender wei-

tergeleitet, mit der Bitte um eine Stellungnahme. Wenn die vereinbarte Frist verstrichen ist, kann der CNP vor die Öffentlichkeit treten und einen Tadel aussprechen („blâme“).*

Der CNP kann aber auch selber Initiativen ergreifen. So hat er z.B. angeregt, dass die Nachrichten auf RTL ins Französische übersetzt werden, dass die „grille horaire“ bei Fernsehen und Radio (soweit das überhaupt möglich ist) auch weiterhin die Interessen *aller* Bevölkerungsgruppen berücksichtigt und nicht nur an potentielle Werbekunden orientiert wird, dass die luxemburgische Sprache möglichst fehlerfrei benutzt wird, dass jugendgefährdende Sendungen nicht in den Haupteinschaltzeiten gesendet werden, dass frauenfeindliche, fremdenfeindliche und rassistische Witzeleien unterbleiben sollen, dass Bürgerrechte respektiert werden, wie z.B. die „présomption d'innocence“ sowie der Schutz der Identität Minderjähriger. Wie im Ausland soll der CNP auch darüber wachen, dass die Sendezeit für politische Parteien nach dem vorher vereinbarten Schema eingehalten wird, dass keine Parteien direkt oder indirekt bevorzugt werden sollen und dass die Sprecher möglichst darauf achten, Information und Kommentar auseinanderzuhalten. Im Unterschied zu den Gremien in unseren Nachbarländern hat der CNP aber keine Sanktionsmöglichkeiten außer einem Verweis oder dem Lizenzentzug! Was das in der Praxis bedeutet, kann man sich leicht ausmalen.

Der CNP unterhält Beziehungen mit vergleichbaren Einrichtungen im Ausland (Belgien, Deutschland und Frankreich) und wird demnächst Mitglied in der EPRA (European Platform of Regulatory Authorities). Außerdem finden regelmäßige

* Wer einen genaueren Einblick in die Tätigkeiten des CNP haben möchte, kann sich beim Sekretariat den Aktivitätsbericht (März 2001) über die letzten 5 Jahre besorgen.

Im Unterschied zu den Gremien in unseren Nachbarländern hat der CNP aber keine Sanktionsmöglichkeiten außer einem Verweis oder dem Lizenzentzug! Was das in der Praxis bedeutet, kann man sich leicht ausmalen.

Ohne in Prüderie oder elitäre Kulturkritik verfallen zu wollen, sehe ich keinen Grund, stolz auf unsere Politik des „tout-privé“ zu sein.

Besprechungen mit den kompetenten Ministern und Fachleuten statt.

Die Mitglieder des CNP arbeiten auf freiwilliger, unbezahlter Basis. Noch bis vor einem Jahr wurden alle anstehenden Arbeiten, - wie z.B. das Abhören und die Auswertung von Sendungen – vom „Service des Médias“ des Kommunikationsministeriums durchgeführt. Das CNP konnte solche Aufträge nur anfragen und hatte keinerlei Einfluss auf die Durchführung derselben.

Als der CNP Anfang 2000 einen solchen Auftrag durchführen ließ, gelangte ein Arbeitsdokument – das der CNP noch nicht einmal begutachtet hatte – in die Öffentlichkeit und in der Presse wurden schwerwiegende Vorwürfe gegen den CNP erhoben (Zensur, usw.) Die Angelegenheit wurde auch im Parlament diskutiert und brachte dem CNP ein unerhofftes Ergebnis, nämlich ein Statut als *unabhängiges* Gremium mit einem eigenen Etat.

Bereits vor zwei Jahren wurde der Beschluss gefasst, ein internationales Seminar zu organisieren um die Entwicklung der Medienlandschaft in Luxemburg besser einschätzen zu können und natürlich auch um über die zukünftige Rolle des CNP nachzudenken. Da neben dem CNP noch die „Commission Consultative des Médias“ und die „Commission indépendante de la radiodiffusion“ bestehen, denkt Minister Biltgen darüber nach, diese drei Gremien in einer „Autorité Indépendante de Régulation“ (ARI) zu vereinigen. Einige Journalisten sehen in dem Seminar von Mondorf den Schwanengesang des CNP aber, wie ein Mitglied des CNP richtig feststellte, gibt es kein Begräbnis ohne Leiche. Nicht daß das CNP aus reinem Selbsterhaltungstrieb weiterbestehen möchte: Gerade das Seminar war ja ein Versuch, die Öffentlichkeit – und besonders die Presse – in die Überlegungen über die Zukunft des CNP einzubeziehen. Probleme im Medienbereich gibt es zur Genüge, nicht nur in Luxemburg. Eine wie auch immer definierte Regulierungs- oder Kontrollinstanz muss weiterhin bestehen, um ein Entgleisen in den totalen Liberalismus im Medienbereich zu verhindern.

Nischenpolitik

Wenn ich mir die Programme ansehe, die man über Satellit empfangen kann, stelle ich mir immer die Frage, wie es möglich ist, dass soviel Intelligenz notwendig war und noch gebraucht wird, um die Satelliten auf ihre Umlaufbahn zu bringen, nur um diesen Schwachsinn in unsere Stuben zu senden.

Unser Premierminister, Jean-Claude Juncker, bescheinigte Luxemburg im Medienbereich eine

atypische Situation. Gibt es überhaupt einen Bereich, in dem Luxemburg nicht atypisch ist? Während unsere Nachbarn sich vor 40 Jahren alle mit ihrem öffentlich-rechtlichen Fernsehen herum plagen mussten, hatten wir schon Privatfernsehen! Juncker betonte sogar, dass Luxemburg als erstes Land dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen den Kampf angesagt habe! Heute verlangen verschiedene Leute paradoxerweise ein öffentlich-rechtliches Fernsehen hierzulande, wo sich doch im Ausland die Privatsender gegen die öffentlich-rechtlichen durchgesetzt haben sollen.

Naive Zeitgenossen neigen vielleicht dazu, stolz zu sein über den (kommerziellen) Erfolg, den „wir“ mit „unserer“ Politik des „tout-privé“ erreicht haben. Abgesehen von der Tatsache, daß RTL niemals eine rein Luxemburger Gesellschaft war, hat sie – nach amerikanischem Vorbild – folgende „Verbesserungen“ im Medienbereich begünstigt:

- die Ausstrahlung von „low-cost“-Serien und Soaps,
- die Unterbrechung der Programme und Filme durch Werbung,
- die Verbreitung und Banalisierung von Gewalt und Obszönitäten.

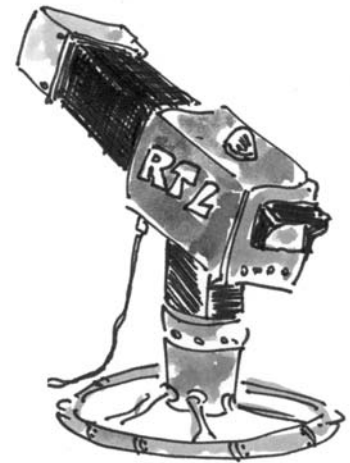
Ohne in Prüderie oder elitäre Kulturkritik verfallen zu wollen, sehe ich keinen Grund, stolz auf diese Errungenschaften zu sein.

Aber seit der Stahlkrise verpassen unsere Regierungen keine Gelegenheit, neue atypische Situationen zu schaffen. Die rezenten Diskussionen um das Bankgeheimnis (Steuerhinterziehung und Geldwäsche), die Affären um das Transportministerium (Fernfahrerlizenzen und Schiffsregister) erwecken den Eindruck, dass versucht wurde, mit allen Mitteln und gegen alle ethischen Prinzipien Geld in die Staatskassen zu schaufeln.

Kontrolle und Regulierung

Vier der fünf Rundtischgespräche befassten sich mit der Entwicklung der Medienlandschaft, der Rolle Luxemburgs als Medienstandort, der Liberalisierung im Medienbereich, der Rolle von Kontroll- oder Regulierungsinstanzen.

Diejenigen, die die Existenzberechtigung einer Kontrollinstanz in Frage stellen, mussten erfahren, dass es solche Instanzen in allen EU-Ländern außer Spanien gibt. Laut Professor José-Manuel Nobre-Correia, Medienspezialist an der ULB, funktionieren diese am besten im Norden Europas, wobei England als Referenz diene. Im Süden Europas mache „egal wer egal was“ Das spanische Fernsehen habe 4,7 Milliarden Euro Schulden und überhaupt keine Möglichkeit mehr,



diesen Schuldenberg abzubauen. Der italienischen Ministerpräsident und Medienzar Berlusconi warte nur darauf, es aufzukaufen.

Früher war alles einfacher: Nic Jacob, ehemaliger Revue-Chefredakteur, erwähnte das Beispiel vom französischen Innenminister Alain Peyrefitte, der den Direktor des ORTF zu sich rufen lies, um ihm die Programme zu diktieren. Dies veranlasste Premierminister Junker zu der Bemerkung, er sei zu spät auf die Welt gekommen.

An der zweiten „table ronde“ am Samstagmorgen nahmen Vertreter verschiedener Regulierungsbehörden sowie der EPRA teil. Die EPRA (European Platform of Regulatory Authorities), vertreten durch ihren Vize-Präsidenten Joan Botella, umfasst Mitglieder aus 40 Ländern. Die Kontrollinstanzen sind sehr unterschiedlich was Organisation und Kompetenzen anbelangt und in verschiedenen Ländern gibt es mehrere davon, z.B. fünf in Großbritannien. Um Mitglied in der EPRA zu werden, müssen die Instanzen wirkliche Autorität besitzen, eine normative Funktion ausüben, Sanktionen ergreifen können und die Programme kontrollieren. Die EPRA ist keine europäische Kontrollinstanz sondern ein Diskussionsforum. In den osteuropäischen Ländern haben sich in den letzten 10 Jahren ähnliche Strukturen entwickelt. In Italien kontrolliert die Regulierungsbehörde auch das Internet und in Portugal sogar die geschriebene Presse.

Europarat und Europäische Kommission versuchen, bei den Sanktionsmechanismen einheitliche Richtlinien in Europa durchzusetzen, „um den Wettbewerb nicht zu verfälschen“. Drei Bereiche müssen reglementiert werden: 1) *Lizenzvergabe*, 2) *Preisgestaltung*, (Urheberrechte, elektronischer Handel ...), 3) *Inhalte*, (Jugendschutz usw.)

In der Europäischen Direktive „Télévision sans Frontières“ gibt es Bestimmungen über den Zugang zu wichtigen Ereignissen (z.B. Fußballspiele), europäische Filmproduktion, Werbung, Jugendschutz und das Recht auf Gegendarstellung.

Laut Jean Stock, Direktor der „European Broadcasting Union“ werden weltweit jedoch nur 15-20% der Sender kontrolliert. In Frankreich seien die Kontrollen besonders streng, es gibt auch Quoten bei der Auswahl von Filmen.

In Deutschland, so Wolfgang Hahn-Cremer, Präsident der Rundfunkkommission in Nordrhein-Westfalen, werden die Landesrundfunkanstalten über Rundfunkgebühren finanziert. Ihre Aufgaben sind vielfältig: Kontrolle, Lizenzvergabe, Beratung, Förderung, Entwicklung der Medienkompetenz (eine zentrale Aufgabe laut W. Hahn-Cremer). Die Aufsicht könnte eher als eine Missbrauchsaufsicht bezeichnet werden. Sie garantiere die Wahrung der Chancengleichheit und den freien Zugang zu den Medien

Kontrollinstanzen müssen laut Joan Botella wirkliche Autorität besitzen. Ihre Besetzung soll klar und transparent erfolgen, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit müsse garantiert sein und im Konfliktfall soll immer verhandelt werden, um zu einer gütlichen Einigung zu kommen.

André Hoffmann, Philosophieprofessor und Schöffe im Escher Gemeinderat, plädierte am Vortrag dafür, dass die Kontrollinstanzen die Lastenhefte der Sender begleiten und deshalb auch mit mehr Fachleuten besetzt werden sollten.

Alle Bemühungen um Regulierung bewegen sich letztlich im Spannungsfeld von drei Grundfreiheiten: der Ausdrucks- und Meinungsfreiheit, der

Alle Bemühungen um Regulierung bewegen sich im Spannungsfeld von drei Grundfreiheiten: der Ausdrucks- und Meinungsfreiheit, der Freiheit der Wahl sowie der unternehmerischen Freiheit.



Freiheit der Wahl sowie der unternehmerischen Freiheit.

Öffentliche und private Anbieter

In Mondorf wurde viel über die Konkurrenz zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Sendern diskutiert. Für André Hoffmann stoßen hier eine ökonomische Logik und eine demokratische Logik aufeinander, leider auf Kosten der Meinungsfreiheit.

Marc Conrad, ehemaliger Programmdirektor von RTL Télévision, verteidigte unumwunden die ökonomische Logik: Fernsehen wird gemacht, um Geld zu verdienen. Damit zeige man gleichzeitig, dass man den Zuschauer ernst nehme. Bei seiner Arbeit in Deutschland vermisse er die liberale Mediengesetzgebung Luxemburgs. Gut sei, was dem größtmöglichen Publikum gefalle. Conrad wies darauf hin, dass überall auf der Welt sich 5-6 Programme 60% des Marktes teilen, die übrigen 40% entfallen auf die anderen Sender (manchmal mehrere hundert).

Für Jean Stock bilden die Steuerzahler das Aktionariat beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Dieses habe einen besonderen Auftrag gegenüber Zielgruppen wie Kinder oder ältere Menschen, die von den Privatsendern nicht angesprochen werden.

Nobre-Correia kündigte an, dass in nächster Zukunft immer mehr Themensender entstehen werden („médias à sens unique“) wie z.B. der Kanal der Automarke Mercedes. Diese Microsender sprechen ein gezieltes Publikum zu bestimmten Sendezeiten an. Bereits heute stagnieren die Werbeeinnahmen bei allen Sendern. Der Hard-disc in der Empfangsanlage trage ein übriges dazu bei, den Fernsehkonsum immer selektiver und sendezeitenunabhängig zu gestalten.

Sabine Christiansen verteidigte das öffentlich-rechtliche Fernsehen und hob hervor, dass von diesen Sendern alle gesellschaftlichen Gruppen angesprochen werden. Die Qualität der Sendungen wird von den Zuschauern immer noch sehr hoch eingeschätzt. Privatsender würden lediglich „Vermischtes bis zum Herz-Schmerz“ anbieten.

Nobre-Correia bezweifelte stark die integrative Rolle des Fernsehens. Durch die Satellitentechnik würden die Einwanderer im Gastland ihre einheimischen Sender sehen und sich dadurch weder sprachlich noch kulturell integrieren. In Luxemburg halte das portugiesische Fernsehen die sechste Stelle bei den Einschaltquoten.

Auf die Frage, ob Luxemburg sich ein öffentlich-rechtliches Fernsehen leisten solle oder könne, meinte Premier Juncker, dies sei eine zu „teure Angelegenheit“, die unter dieser Regierung nicht in Frage komme. Dabei ist bekannt, dass Luxemburg und Spanien die einzigen EU-Länder ohne Rundfunkgebühren sind. (Im Vergleich hat Island, 250.000 Einwohner, gleich drei öffentliche Programme.) Im Jahre 2010 werde ein neues Lastenheft an alle Anbieter verteilt, das aktuelle Lastenheft müsse nachgebessert werden.

Nobre-Correia erwiderte, dass öffentlich-rechtliches Fernsehen nicht unbedingt von einer staatlichen Anstalt produziert werden müsse. Er zitierte das Beispiel von Channel 4 (UK), welches eine Mischform darstellt.

Das Theater der Armen

Ein Franzose sitzt in seinem Leben durchschnittlich 77.307 Stunden vor dem Fernseher. Am Ende seiner Schulzeit hat ein Jugendlicher mehr Zeit vor dem Fernseher gesessen als in der Schule. Diese Zahlen wurden in Mondorf genannt und unterstreichen die Bedeutung des Mediums.

Die Gefahr der Manipulation und der „Verblödung“ ist natürlich da. Jacob stellte am Freitag fest, dass die wichtigsten Sender an diesem Abend Programme ausstrahlten, die sich zum Verwechseln ähnlich waren. Er stellte fest, dass die Zuschauer also mehr oder weniger alle dasselbe wollten und brachte dann ein Brecht-Zitat ein: „Wer das Theater der armen Leute verachtet, verachtet die armen Leute“. Wurde Brecht hier mißbraucht oder sind die Fernsehkritiker elitäre Banausen, die sich über die Wünsche und Bedürfnisse der Mehrheit der Zuschauer hinwegsetzen. Welches sind überhaupt diese Bedürfnisse? Ist der sogenannte Publikumsgeschmack nicht eine „self-fulfilling prophecy“? Befinden wir uns in einer Spirale des schlechten Geschmacks? Behält Umberto Eco Recht, wenn er feststellt, dass sich die Dummheit exponential entwickelt?

Marc Conrad, ehemaliger Programmdirektor von RTL-Télévision, verteidigte unumwunden die ökonomische Logik: Fernsehen wird gemacht, um Geld zu verdienen.

Wird Demokratie mit Hilfe der Fernbedienung aufrechterhalten?

André Hoffmann meinte dies sei eine passive Demokratie. Das Risiko sei groß, dass das Medium selber die Realität schon in einer gewissen Weise interpretiere.

Laut Jean Stock hat die Erfassung der Konsumgewohnheiten der Zuschauer (das Audimat) die Programmgestaltung entschieden verändert. Eine neue Revolution der Konsumgewohnheiten stehe jedoch unmittelbar bevor: Der Harddisc in der Satellitenempfangsanlage werde es ermöglichen, relativ einfach nur die Programmteile zu speichern, die den Zuschauer interessieren und dieselben zu einer beliebigen Zeit anzubieten. Er plädierte für elektronische Programmführer.

Schon jetzt ändern sich die Gewohnheiten: Laut Sabine Christiansen werden die Chat-Räume der Anstalten im Internet immer wichtiger. Als die CDU-Spendenaffäre auf ihrem Höhepunkt stand, wurden über 2 Millionen Clicks pro Woche registriert. Wolfgang Hahn-Cremer wies am nächsten Tag mit Recht darauf hin, dass Big Brother nur eine Stunde im Fernsehen, dafür aber 24 Stunden im Internet lief.

Jean-Claude Juncker wehrte sich dagegen, in der Diskussion so zu tun, als ob man der einzige ver-

nünftige Zuschauer sei. Man lasse sich verblöden, weil man sich verblöden lassen will, denn zu jeder Zeit gäbe es etwas Interessantes im breiten Fernsehangebot. Er wünscht sich, dass die Medien mehr positive Nachrichten hervorheben anstatt nur Katastrophen.

Laut Sabine Christiansen stehen die Anstalten so unter Druck, dass Meldungen einfach verbreitet werden, ohne dass ihr Wahrheitsgehalt überprüft wird. Sie sprach von einer kollektiven Hysterie, die Journalisten benähmen sich wie eine Meute, die Seifenblasen hinterherjagt. Das Fernsehen sei nicht in der Lage, Botschaften zu vertiefen; diese müssten in 30 Sekunden über den Äther.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen Brief an die Nachrichtenredaktion von A2 zitieren:

"Totalement scandaleux: des tartines sur les candidats en campagne, le tunnel du Mt-Blanc, ouverture - une fois de plus - sur des affaires de pédophilie... Chevènement servant le café !!! Et Schuller convoqué par un juge ! Il faut attendre 20h15, pour avoir droit à une minute et demie à peine sur la Palestine : plus de quarante morts dans la journée (la plus sanglante depuis la première intifada), des chars attaquant des ambulances, pas un mot sur le meurtre du directeur de l'hôpital de Bethléem, pas un mot sur l'employé de l'ONU ambulancier tué d'une balle dans le dos, pas un mot sur l'envoi de l'émissaire américain, pas



BIO-
Qualität, die
man schmecken
kann.

NATURATA

- Bollingergrund
161, rue de Bollingergrund
L-2440 Luxembourg
Tel.: 00352 44 78 771/76
Bücher/Kleider/Geschenkartikel
- Duddelange
- Etzelbrück
- Munsbach-OIKOPOLIS
- Huppenthagen/Schanch-Haff
- Capellen/Wilches-Haff

Auf die Frage, ob Luxemburg ein öffentlich-rechtliches Fernsehen erhält, war die Antwort des Premierministers klar: Nicht unter dieser Regierung. Das schließt also nicht aus, dass es unter einer anderen Regierung möglich wäre.

un mot sur la convocation de l'ambassadeur d'Israël par le ministre des Affaires étrangères espagnol (au nom de l'Europe), pas un mot sur les déclarations du Hezbollah libanais, pas un mot sur l'attentat déjoué in extrémis (France 3 avant en parlait) qui visait des jeunes en Israël, pas un mot sur la bombe de deux-cent kilos tombée à cent mètres d'un bâtiment scolaire de l'ONU ou plus de mille enfants étaient présents ... Nul, et absolument et radicalement indigne. Pour la première fois depuis que je regarde (quasiement tous les soirs) le journal de France 2, j'ai immédiatement zappé, dès la fin de cette minute et demie à peine ... Et il ne s'agit pas ici d'un quelconque parti pris pour l'un ou l'autre 'camp', il s'agit d'information. Je ne regarderai plus votre journal. Et je place la présente protestation sur mon site".

Bernard Defrance, professeur de philosophie, vice-président de DEI-France (www.bernard-defrance.net)

Schlussbemerkungen

Die Tagung in Mondorf zeigte, dass die Diskussion um den Medienstandort Luxemburg auf öffentliches Interesse stößt. Obschon wichtige Themen nicht oder nur ansatzweise diskutiert wurden, war doch zu erkennen, in welche Richtung die Entwicklung gehen wird und welche Chancen und Gefahren auf diesem Weg lauern.

Wird Luxemburg weiterhin eine Nischenpolitik betreiben, die den Anbietern die Möglichkeit eröffnet, internationales Recht zu umgehen, dadurch dass sie den Standort Luxemburg wählen? Hier scheinen die Möglichkeiten zu schwinden. Der Spielraum der nationalen Regierungen im Verhältnis zur EU wird immer geringer, aber

für den ganzen Globus gelten diese Regeln nicht. Welche Rolle wird die SES in Asien und Amerika spielen?

Auf die Frage, ob Luxemburg ein öffentlich-rechtliches Fernsehen erhält, war die Antwort des Premierministers klar: Nicht unter dieser Regierung. Das schließt also nicht aus, dass es unter einer anderen Regierung möglich wäre. Die Argumente gegen ein öffentlich-rechtliches Fernsehen sind vielfältig: zu teuer, nicht genügend Fachleute und Erfahrung, fehlende Infrastruktur, kaum Bedarf, und im Ausland gibt es eine große Zahl von qualitativ guten Programmen, die man hier empfangen kann. Die Grünen fordern trotzdem ein „Bürgerfernsehen“, Beispiele davon gibt es im nahen Ausland genug. Der Vorteil eines solchen Modells wäre, dass hier nicht Fernsehen für Bürger produziert wird, sondern Fernsehen von und mit Bürgern. Damit zusammen hängen auch Modelle von Kinderfernsehen und -radio. Hier entsteht Medienkompetenz.

Die Notwendigkeit einer Regulierungsbehörde wurde nie angezweifelt. Innerhalb dieser Behörde sollte es eine Kontrollinstanz geben, die neben der Kontrolle für Beratung sowie Entwicklung von Medienkompetenz bei Kindern und Erwachsenen zuständig wäre. Diese Instanz könnte auch ein Ort des Nachdenkens über die Entwicklung der Medienlandschaft sein. Der CNP könnte sich z.B. Gedanken machen über die Neugestaltung des Lastenheftes für unser nationales Fernsehprogramm ab dem Jahre 2010 und über das Konzept eines Medienführerscheins.

Robert Soisson

Mitglied des Conseil National des Programmes

